



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Beseitigung der kalten Progression

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Steuerrecht die „kalte Progression“ unverzüglich beseitigt wird.

### Begründung:

Seit vielen Jahren ist der Steuertarif nun unverändert, obwohl insbesondere die Erwerbseinkommen, also Einkünfte aus Gewerbebetrieben, aus freiberuflicher und aus nichtselbständiger Tätigkeit steigen. Aufgrund der Steuerprogression, die höhere Einkünfte einem prozentual höheren Steuersatz unterwirft als geringere, steigt die Steuerbelastung in absoluten Zahlen und prozentual kontinuierlich an. Da die Steigerung der Erwerbseinkünfte durch die Inflation im Wesentlichen neutralisiert wird, steigt die Steuerbelastung bei effektiv gleichbleibenden Einkommen an. Dies ist eine faktische Steuererhöhung.

Insbesondere die CDU/CSU hat im Wahlkampf versprochen, dass es nicht zu Steuererhöhungen kommen wird. Beide Parteien haben das als große Errungenschaft in den Koalitionsvereinbarungen mit der SPD bezeichnet, Steuererhöhungen vermieden zu haben. Der Koalitionsvertrag enthält aber keine verbindliche Festlegung, die kalte Progression umgehend zu beseitigen.

Wir fordern die Staatsregierung nun auf, diesen Widerspruch dahingehend aufzulösen, dass sie sich unverzüglich auf Bundesebene für eine Beseitigung der kalten Progression einsetzt. Diese ist leistungsfeindlich und ungerecht. Außerdem ist in Zeiten von Einnahmerekorden bei den Steuern eine Mehrbelastung der Bürger schlechterdings nicht zu rechtfertigen.